

Rote Seiten

der Kommunistischen Jugend

Gratulation: Du hast es geschafft, einige der Kommunisten und Kommunistinnen der Schweiz zu treffen. Warum auch du Kommunist_in werden solltest!

Du willst den Kommunismus!

Ja, richtig gelesen – Du. Nicht der oder die neben dir, nicht nur wir, nein, wir sind fest davon überzeugt: Du willst den Kommunismus. Egal ob du nun Schüler bist oder Studi, junge Arbeiterin oder irgendwo Angestellte, wir sagen das ganz offen: Der Kommunismus ist das, was dir nützt.

Das glaubst du nicht? Dann gib uns eine Minute, dich zu überzeugen. Schau dich um. Denk an die letzten zwei, drei Monate. Vielleicht fällt dir ein, dass da eine Initiative «6 Wochen Ferien» krachend abgeschmettert wurde. Die wäre in deinem Interesse gewesen – die hatte natürlich keine Chance. Möglich, dass du jetzt gute Gründe findest, wieso sie gescheitert ist. Aber was sagt uns das? Das sagt nichts anderes, als dass jetzt und heute, in diesem System in dem du genauso lebst wie wir, gute Gründe da sind, nicht das zu tun, was für dich angenehm wäre. Da müsste man sich doch die Frage stellen: Kann das dann ein gutes System sein?

Anderes Beispiel. Überall werden die Studiengebühren erhöht. Langsam, schleichend, ohne grösseren Widerstand. Findest du gut? Wenn nicht – umso besser. Aber dann nimm trotzdem zur Kenntnis, dass es gemacht wird. Wenn ja – warum ist das nötig? Und kann das irgendwie im Interesse der ärmeren Studierenden sein? Wir behaupten mal ganz kühn: Was da abgeht nützt den Studis garantiert am wenigsten. Vielleicht arbeitest du im Bau, hast gerade deine Lehre abgeschlossen. Dann haben wir jetzt doppelt schlechte Nachrichten für dich. Es gibt einen neuen Arbeitsvertrag, und der ist grosser Mist. Für dich, nicht für deine Chefs. Ein Vertrag, in dem nur die Interessen der Patrons verwirklicht sind. Sauerei? Denken wir auch.

Und deshalb denken wir auch, dass du den Kommunismus willst. Der ist gar nicht so schlimm, wie du ihn dir vorstellst. Der Kommunismus kennt nur ein Leitprinzip: Was den Arbeitenden, der Jugend nützt – das nützt letztlich der ganzen Gesellschaft.

Kommunismus ist nicht extrem!

Wir sind ja grosse Fans von Bertholt Brecht. Dem Mann sei die Ehre des Zitats gegönnt:

«Der Kommunismus ist wirklich die geringste Forderung DasAllernächstliegende, Mittlere, Vernünftige.»

Sehen wir genauso. Was extrem ist, ist das, was jetzt passiert. Da haben wir eine kleine Elite, eine kleine Klasse, die nicht im geringsten gewillt ist, auf ihre Privilegien zu verzichten. Ganz gleich, ob das dir und mir und 80% dieser Bevölkerung schadet. Schau sie dir an, deine Chefs und deren Chefs. Schau sie dir an, die Leute an der Spitze der Banken; die Leute ganz oben in Bundesrat und Parlament. Denen ist es doch drecksegal, was mit uns geschieht. Das ist extrem – extrem egoistisch. Aber es gibt sie nunmal, und wir müssen so oder so mit ihnen umgehen. Was wir empfehlen? Ganz klar: Tritt radikal für deine Interessen ein, denn sie sind es, in denen sich die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung wiederfinden. Und lass dich nicht von ihnen täuschen, diesen «Herren der Gesellschaft». Klar kommst du gegen sie allein nicht an; aber du bist nicht allein. Es gibt noch uns, es gibt noch Tausende wie dich – und zusammen werden die Leute da oben plötzlich ganz klein. In diesem Sinne:





Wenn rote Flaggen vor dem Bundeshaus wehen: Die KJ Bern am 1. Mai.

Kommunistische Jugend Bern

In knappen Sätzen kurz beschrieben:
die KJ von Bern.

Seit 2006 organisieren junge Genossinnen und Genossen aus Bern und Umgebung den Roten Oktober. Er ist ein Herbstwochenende, meistens ein bisschen abgelegen, an welchem Referate zu politischen Themen gehalten werden, diskutiert oder einfach das Zusammensein unter gleichgesinnten Genossen genossen wird. Beim zweiten Roten Oktober im Jahr 2007 wurde dann beschlossen, das Ganze in feste Strukturen zu giessen: Wir haben die Kommunistische Jugend Bern (KJ Bern) gegründet. Seit damals ist die KJ Bern durchgehend aktiv – und der Rote Oktober findet jedes Jahr statt. Klar, gibt es ihn auch dieses Jahr wieder. Politisch und personell ist die KJ Bern mit der Partei der Arbeit des

Kantons Bern verbunden. Wohlgermerkt: verbunden, aber nicht abhängig. Wir verstehen uns als eigene Organisation und planen unsere Aktionen selbst. Zurzeit führt die KJ Bern eine Kampagne zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung, hilft beim Organisieren von Demonstrationen, knüpft und pflegt Kontakte mit anderen Kommunistischen Jugendgruppen – wie in der Schweiz, so auch international. Zuletzt mit den Genossen und Genossinnen der Kommunistischen Jugend Österreichs. Regelmässig finden Bildungsveranstaltungen statt. Wir treffen uns im Zweiwochenrhythmus zur Vollversammlung. Und da kommst du ins Spiel: Melde dich, besuch uns!

INFO@KOMMUNISTISCHEJUGEND.CH

Kommunistische Jugend Zürich

Die Kommunistische Jugend von Zürich

ist jung; ihre Mitglieder sind es auch.

Sie muss noch zeigen, was sie kann.

Warum es sie braucht – in sechs Plädoyers.

Taki

«Um ehrlich zu sein, ich war neidisch. Ich stamme aus bescheidenen Verhältnissen und war damals ziemlich neidisch auf die Menschen, die sich all die schönen, teuren Sachen leisten konnten, von denen ich nur träumen durfte. Was hat sich geändert? Ich habe mir die Frage gestellt, wieso sich diese Menschen ihren Luxus leisten können. Marx hat mir die Antwort geliefert: Die Reichen sind reich, weil sie die Armen ausbeuten.»

Harald

«Wir brauchen eine richtige Demokratie, eine sozialistische! Unsere Gesellschaft kann nur revolutionär überwunden werden. Eine Kommunistische Jugend ist deshalb notwendig, um junge Arbeiter und Schüler zu organisieren. An der Anti-WEF-

Demonstration sah man, dass die Kommunistische Jugend Widerstand leistete. Ganz im Gegensatz zur Sozialdemokratie.»

Jonas

«Arbeitslosigkeit, Ausbeutung, Rassismus, Krise und Krieg – auf diesen Unmenschlichkeit basiert das kapitalistische System! Erst wenn der Kapitalismus überwunden und durch ein erst sozialistisches, später kommunistisches System ersetzt wird, wird es Gerechtigkeit auf dieser Welt geben. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir uns organisieren, und deshalb ist es wichtig, sich der Kommunistischen Jugend und der Partei der Arbeit anzuschliessen. Denn wie schon Ernst Thälmann sagte: Einen Finger kann man brechen, aber fünf Finger sind eine Faust!«

Nils

«Ich bin in der KJ, weil ich die kommunistische Philosophie in die Tat umsetzen möchte. Der PdA war die Jugend nicht so wichtig. Darum bin ich nun der Kommunistischen Jugend beigetreten.»

Johannes

«Weil es nicht eben nicht geht, wie es gerade ist, und weil es erst recht so nicht weitergeht – ja, deshalb bin ich Kommunist. Ich habe es satt, durch Züri zu laufen und jeden Tag zehn Polizeiwagen an mir vorbeifahren zu sehen. Ich bin es gründlich Leid, aus blosser Willkür jeden Monat in eine Polizeikontrolle zu kommen, während die wirklichen Gangster an der Spitze dieses Landes ganz unbeobachtet tun dürfen, was sie wollen. Und weil ich nicht nur Kommunist, sondern auch noch jung bin – ja, deshalb bin ich in der Kommunistischen Jugend. Was sonst?»

Sebastian

«Wir leben in der Schweiz der Chancengleichheit und dennoch gibt es teure Privatkliniken und Privatschulen und reich geborene Menschen, die niemals arbeiten müssten. Und findest du dieses System gut, so glaubst du entweder an den Amerikanischen Traum oder bist reich. Und da ich weder gläubig noch reich bin, bin ich Kommunist.»

ZUERICH@KOMMUNISTISCHEJUGEND.CH



Fünf von sechs und von links nach rechts: Harald, Johannes, Jonas, Taki und Sebastian.

...wegen 80 Franken?

In Zürich sollen die Studiengebühren erhöht werden. Um 80 Franken pro Semester, 160 Franken im Jahr. Die Bildung wird teurer und ein Teil der Studis protestiert dagegen. Zu recht? Die Kommunistische Jugend von Zürich sagt: JA!



Bei den Studiengebühren haben wir auch noch ein Wörtchen mitzureden!

160 Franken, das sind zwei oder drei PC-Games. 80 Franken im halben Jahr, das ist ja kein ganzes Mittagessen im Monat. Und überhaupt: Studis sollen endlich mal arbeiten, sind doch eh alle faul.

Die Klickeekiste ist mal wieder offen; bediene sich, wer will. Selten durften wir in Züri so viel Abgedroschenes hören, wie seit der Bekanntgabe der anstehenden Studiengebührenerhöhung. Es wird Zeit, einen Blick auf die Fakten zu werfen.

Fakt eins: Wir wurden belogen.

Es ist noch nicht lange her, da gab es aufwühlende Studienproteste allerorten. Auch die Universität Zürich wurde besetzt. Ein kleiner Sturm rauschte durch den Blätterwald der bürgerlichen Presse – heute ist er abgeflaut, die meisten Dinge sind vergessen. Was wir aber nicht vergessen haben: Auf dem Höhepunkt der Studiproteste stellte sich Bildungsdirektorin Regine Aepli vor die Studis und versprach lautstark: «Mit mir keine Erhöhung der Studiengebühren!» Heute wissen wir es besser: Eine Studiengebührenerhöhung gibt es

doch und die Aepli ist eine Lügnerin. Interessant daran ist auch, dass Frau Aepli nicht irgendeine Freisinnige oder SVPlerin ist. Die gute Frau ist seit Jahr und Tag Mitglied der SP. Neuerdings dürfen sich also sogar die Studierenden von der Sozialdemokratie verraten fühlen.

Fakt zwei: Studiengebühren finanzieren die Uni nicht.

Die Studiengebühren machen 2% des Budgets der Universität Zürich aus. Die geplante Erhöhung um 80 Franken entspricht dann noch etwa 0,34% des Uni-Etats. Wer möchte uns da weiss machen, dass es Studiengebühren braucht, um eine Uni zu finanzieren? Werfen wir einen Blick über die Schweizer Grenze. In Deutschland darf man Erstaunliches feststellen: Die Studiengebühren werden abgebaut, sogar die Sozialdemokratie Deutschlands konnte sich mittlerweile dazu durchringen, gegen Studiengebühren Stellung zu beziehen. Und in der Schweiz sind sie unumgänglich für gute Unis? Glauben wir nicht.

Fakt drei: Studis sind nicht reich.

Wir korrigieren uns: Studis sind kein Monolith, kein einheitlicher Block. Natürlich kennen auch wir die Studenten und Studentinnen, die fröhlich und mit Vatis Geld ihr BWL-Studium durchziehen. Denen sind die 80 Franken Gebührenerhöhung in der Tat gleichgültig. Wer aber genauer hinschaut, der stellt fest, dass die Mehrheit der Studierenden auf Nebenjobs angewiesen sind, um sich über Wasser zu halten. Und das will was heissen: seit der Veränderung des Unisystems durch «Bologna» ist das Studium selbst zum Vollzeitjob geworden. Wir müssen anerkennen, dass es da eine nicht zu vernachlässigende Schicht an Studis gibt, die unterhalb der Schweizerischen Armutsgrenze lebt – trotz Stipendien! Denen setzen auch 80 Franken im Halbjahr ordentlich zu.

Kampf den Gebühren!

Stellt sich also die Frage: Warum Studiengebühren? Die Antwort: Weil sie sehr nützlich sind, um die Kinder armer Leute aus der Uni fernzuhalten. Da es bedauerlicherweise noch kein Menschenrecht auf reiche Eltern gibt, haben die Studiengebühren insbesondere den Effekt, die Kinder von Arbeitern aus der Uni zu kicken – oder sie gar nicht erst hineinkommen zu lassen. Für die Leute an der Spitze, diese kleine Klasse von Reichen und Grossverdienenden, ist das durchaus gewollt. Damit wird sichergestellt, dass ihre Kinder – und ihre Kinder allein! – den vollen Zugang zu allen Bildungsprivilegien dieser Gesellschaft erhalten. Uni für die Reichen, Lehre für die Armen? Kann uns gestohlen bleiben. Deswegen sagen wir ganz selbstbewusst: Ja verdammt, wir demonstrieren wegen 80 Franken!



Demo gegen Studiengebühren in Zürich, 31. März 2012.

Sie sprechen von Humanität; sie meinen den Krieg.

Die linke Bewegung steckt in einer schwierigen Lage: Soll sie die Gewalt in Syrien verurteilen oder eine mögliche Intervention verhindern? Kein Krieg! – sagt die Kommunistische Jugend. Eine Analyse.

Das Völkerrecht ist bekanntlich das zu Grunde liegende Recht aller internationalen Beziehungen. Also: Fundament der Uno, juristische Grundlage von Verträgen und Interaktionen der Staaten. Doch es ist selbst nicht grundlagenfrei. Der feste Boden, auf dem das Völkerrecht steht, ist die Souveränität der Völker. Das gesamte Völkerrecht beruht auf der Annahme von souveränen Staaten. Verträge abschließen, handeln, Diplomatie betreiben kann nur, wer souverän, wer eigenmächtig ist. Ein Vertrag mit einem fremdbestimmten Staat ist kein gültiger Vertrag. Das Völkerrecht ist Recht, weil es alle Staaten, die ihm unterstehen, als souveräne Staaten ansieht. Hier liegt denn auch der Hund begraben: Die Souveränität der Nationen ist nicht nur Teil des Völkerrechts, sie geht dem Völkerrecht voraus, sie ist dessen Grundlage. Wer diese Souveränität angreift, der greift das Völkerrecht insgesamt an.

Mit eben diesem Generalangriff auf das Völkerrecht haben wir es mittlerweile zu tun. Krieg und Intervention, also die Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates, bedeuten die Auflösung seiner Souveränität. Ein solcher Eingriff kann nur dann legitim sein, wenn ein Staat selbst die Souveränität anderer Staaten einschränkt – wenn er also einen Krieg führt, selbst interveniert. Innert des letzten Jahrzehnts wurden jedoch Kriege geführt – Afghanistan, Irak, Libyen – die offen und völlig die Souveränität der jeweiligen Nationen missachteten. Es gibt die Tendenz zur Auflösung des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

mungsrechts der Völker.

Menschenrecht als Kriegstrommel

Die Rechtfertigung der westlichen Staaten für ihre Kriege ist weitgehend dieselbe: die Einrichtung der Menschenrechte. Kein Krieg, wo nicht zuvor auf die gravierende Missachtung der Menschenrechte in dem Staat hingewiesen wird, der dann bombardiert werden soll. So vor dem Krieg gegen Afghanistan, so vor dem Krieg gegen den Irak, so vor dem Krieg gegen Libyen – so momentan gegenüber Syrien. Diese Argu-



So sah der letzte Krieg im Namen der Humanität aus. Nato-Bomben haben Zehntausende Menschen in Libyen getötet.

mentation ist zunächst einseitig. Sie bezieht sich auf die bürgerlichen, die individuellen Menschenrechte der Person, die angeblich oder tatsächlich nicht verwirklicht sind. Ignoriert wird hingegen, dass es einen weiteren Menschenrechtskatalog gibt: den der sozialen Menschenrechte. Diese waren etwa in Libyen grösstenteils verwirklicht. Ein Land, in dem das «Recht auf Arbeit» bestand. Kaum ein westliches Land – weder Amerika, noch Deutschland

oder die Schweiz – kennt solche Rechte. In der Argumentation mit den Menschenrechten sind unsere Staaten also willkürlich.

Und sie sind auch verlogen. Den Menschenrechtskatalogen geht das Selbstbestimmungsrecht der Völker voraus. Es wird die Erklärung vorausgeschickt, dass die Grundlage der Menschenrechte die Volkssouveränität sei. Es ist aber genau diese Volkssouveränität, die mit jedem Krieg, jeder Intervention gebrochen wird. Wer also die Menschenrechte ins Feld führt, um Kriege zu beginnen, der wird am Ende den Krieg haben und das Recht zerstören. Es überrascht nicht, dass die sozialen Erziehungsschichten Libyens den Nato-Bombenkrieg nicht überlebt haben.

Auflösung des Rechts

Hier zeigt sich eine Tendenz des modernen Bürgertums: Es muss sein eigenes Recht (Völkerrecht ist bürgerliches Recht) auflösen, um seine Interessen durchzusetzen. Entsprechend ist es legitim, sogar notwendig, dass wir das Völkerrecht hochhalten. Es geht darum, zu zeigen, dass Recht gebrochen und Krieg vorbereitet wird. Die Aufgabe konkret: Verhin-

dern, dass Krieg geführt wird; verhindern, dass man sich einmischt – aufzeigen, dass die Fokussierung auf die Menschenrechte das Schlagen der Kriegstrommeln weiter anheizen wird. Das wäre wichtiger, als die Kritik an Syrien. Denn die, die da heute über die Menschenrechte in Syrien klagen, bereiten den Krieg von morgen vor. Und wie das so ist: der Krieg wird nicht die Menschenrechte bringen – nur den Tod.

Trauriger Vertrag

Dunkle Wolken über dem Bau: ein neuer Arbeitsvertrag gilt. Es ist ein Vertrag der Chefs und Patrons. Wie steht es mit den Bauarbeitern? Und was ist mit der Jugend?

Seit dem 1. April gilt er, der neue «Landesmantelvertrag» (LMV). Durch den LMV werden die Arbeits- und damit Lebensbedingungen von mehr als 100'000 Bauarbeitern geregelt. Arbeitszeiten, Ferienanspruch, Löhne und Lehrlingsgehälter – steht alles im LMV festgeschrieben. Das ist dann auch ein Thema für die Jugend: Wenn du im Baugewerbe arbeiten willst, wirst du auf die eine oder andere Art vom LMV betroffen sein. Nur sieht's da leider nicht mehr so rosig aus. Minimale Lohnerhöhung und viele Verschlechterungen, nach diesem Muster ist der LMV gestrickt.

Was sich im neuen Vertrag geändert hat

Fangen wir mit den positiven Dingen an. Zwei Verbesserungen gibt es, die das Arbeitsleben im Bau ein wenig netter erscheinen lassen. Die Löhne im Krankheitsfall wurden verbessert. Von 80% Lohnfortzahlung zu 90%. Daneben wurde der Schutz von älteren Bauarbeitern verbessert. Wenn der Chef einen Arbeiter über 55 feuern will, hat der Arbeiter nun einen längeren Kündigungsschutz. Das war's, mehr gibt's nicht.

Und dann fängt es auch schon an: Viele Verschlechterungen, die insbesondere Lehrlinge und junge Arbeiter betreffen. Zuerst die magere Lohnerhöhung von nur rund 1%. Das sind gerade mal 20-30 Franken mehr für die meisten Arbeiter. Zweitens wurden Tausende Bauarbeiter und Lehrlinge aus dem LMV ausgeschlossen. Ganze Branchen fallen aus dem Vertrag heraus. Damit sind sie nun auf einen neuen Vertrag angewiesen, der schlechter als der LMV sein wird. Am wesentlichsten für die jungen Arbeitenden ist aber der dritte Punkt: In Zukunft gibt es drei Jahre nach(!) der Lehre zuerst 15%, dann 10%, dann 5% weniger Lohn, als ihnen eigentlich zustünde. Das ist eine massive Verschlechterung des Vertrags.

Auch in zwei anderen Gebieten ist der neue LMV unerfreulich. Die «Solidarhaftung» und der bessere Schutz der Arbeiter

bei Schlechtwetter sind noch nicht in ihm. Diese beiden Punkte waren die Hauptforderungen der Arbeiter. Solidarhaftung bedeutet, dass derjenige, der einen Bauauftrag annimmt, für alles verantwortlich ist, was auf der Baustelle geschieht. In der Praxis wäre das ein Schutz gegen Lohndumping. Der Schlechtwetterschutz erklärt sich wohl von selbst. Besonders bitter ist hier, dass über die Punkte noch «verhandelt» wird. Dumm nur, dass der Vertrag bereits angenommen wurde – da darf man kaum erwarten, dass sich die Arbeiter noch durchsetzen können.

Ein Arbeitgebervertrag?

Weniger Lohn für Lehrlinge, Tausende Arbeiter ausgeschlossen – das klingt nach einem Traum für die Arbeitgeber. In der Tat ist dieser LMV ein Rückschritt vom Standpunkt der Arbeiter und Lehrlinge aus. Kleinere Verbesserungen wurden durch grosse, entscheidende Verschlechterungen «erkämpft».

Aber darüber ist nicht jeder unglücklich. Werner Messmer, Präsident des Schweizerischen Baumeisterverbandes (SBV), erklärt zufrieden, dass «die wichtigsten Forderungen des SBV nun im nationalen Vertrag verankert sind». So klingt ein zufriedener Patron. Tatsächlich war der wichtigste Punkt des SBV von Anfang an, den Vertrag zu zersplittern. Das ist ihnen nun gelungen, sind doch ganze Branchen aus dem LMV ausgeschlossen worden. Sand und Kies, Recycling und Transport von und zu anderen Baustellen: all diese Sektoren werden vom LMV nicht mehr geschützt. Ein Erfolg für die Baumeister. Und was für einer: Durch die ständige Unterbrechung der Verhandlungen und die Weigerung, zu Diskutieren wenn dies nicht angenommen wird, haben sie sich schliesslich durchgesetzt.

Noch etwas anderes macht die Chefs auf dem Bau glücklich. Fröhlich verkündet der SBV auf seiner Website, dass nun der «absolute Arbeitsfrieden» wieder gelte. Streiks und Arbeitskampf der Arbeiter sind damit wiederum verboten.

Keine Sozialpartnerschaft!

Und der SBV hat recht, sich zu freuen: der «Arbeitsfrieden» nützt den Patrons. Der neue LMV hat gezeigt, dass sich die Baumeister in Verhandlungen ganz prächtig durchzusetzen wissen. Ihre Interessen sind im LMV vollständig verwirklicht. Die Interessen der Arbeiter – mehr noch die Interessen der Jugend! – bleiben aussen vor. Aber das ist nicht verwunderlich. Was die Arbeitgeber wollen, ist nicht, was die Arbeitenden wollen. Was dem Patron nützt, ist nicht, was dem Bauarbeiter nützt. Was der SBV auf dem Bau durchgesetzt hat, ist nicht, was die Jugend für sich durchsetzen müsste.

Das klingt wie eine Binsenweisheit, aber wir wiederholen es dennoch gern: Die Interessen der Arbeitenden und der Jugend lassen sich nicht «mit», sondern nur gegen die Chefs und Patrons verwirklichen. Diese Erkenntnis hat sich noch nicht allorts durchgesetzt. Beim neuen LMV haben sich die Gewerkschaften und Arbeiter auf die «Sozialpartnerschaft» eingelassen: Man hat verhandelt und geglaubt, man könne eine «Einigung mit den Chefs» finden. Dem ist leider nicht so; was als «gemeinsame Lösung» erscheint, entspricht 1 zu 1 dem alleinigen Interesse der Patrons. Dem kann man sich widersetzen, aber eben nur kämpferisch. Dann müsste es statt Arbeitsfrieden wieder Arbeitskampf heissen. Statt gemeinsamer Sache mit den Chefs lieber konsequent für die Interessen der Jugend und der Arbeitenden eintreten. Statt soziale Partnerschaft: Klassenkampf!

MAXIMILIAN ROTH, AMANDA IOSET

Wie es zum LMV kam

Wie die meisten Gesamtarbeitsverträge muss auch der LMV alle paar Jahre ausgehandelt werden. 2011 war es wieder soweit, denn am 1. Januar 2012 lief er aus.

Der jetzige LMV ist also das Ergebnis von Verhandlungen. Auf der einen Seite stehen die Arbeitenden. Sie verhandeln aber nicht selbst, sondern werden durch ihre Gewerkschaften vertreten. In diesem Fall die Unia und die kleinere Gewerkschaft Syna. Ihnen gegenüber stehen die Baumeister. Sie sind im Schweizerischen Baumeisterverband organisiert.

Die Verhandlungen liefen vom Februar 10. Februar 2012 bis zum 28. März 2012. Seit dem 1. April ist der LMV nun in Kraft. Innerhalb der Unia wurde er letztlich von einer Versammlung der Bauarbeiter angenommen: Mit 46 gegen 31 Stimmen, bei 11 Enthaltungen.



Da kämpfen sie noch, die Arbeiter vom Bau.

Die Arbeitenden einbeziehen!

Wir sprachen mit dem Tessiner Gewerkschafter Linus. Über mangelnde Arbeitereinbeziehung und einen nicht ganz gescheiterten LMV.

Linus, wie stehst du zu den drastischen Einbussen im neuen LMV?

Wenn ich anmerken darf: Es gab keine drastischen Einbussen. Früher wurden schon weit grössere Zugeständnisse gemacht. Ich finde es schlimmer, dass der neue LMV nicht auf den Baustellen diskutiert wurde und dort darüber abgestimmt werden konnte. Die Unia- und Syna-Funktionäre hätten die Möglichkeit gehabt, denen eine Stimme zu verleihen, die jeden Tag mit Zement und Ziegelsteinen zu tun haben. Wenn es eine Abstimmung auf den Baustellen gegeben hätte, wäre diese Vereinbarung mit den Baumeistern nicht durchgekommen. Denn hätten die Bauarbeiter darüber abstimmen können, so hätten sie einer Verlängerung der Verhandlung nicht zugestimmt. Theoretisch sollte der neue LMV bis 2015 gültig sein. Da die Verhandlungen aber noch offen sind, besteht die Gefahr, dass die Baumeister die Zeit ausnutzen, um den LMV noch zu verschlechtern oder seine Auflösung wollen.

Also keine Demokratie in den Gewerkschaften?

Die Verhandlung eines LMVs benötigt mindestens zwei Jahre. Das war zumin-

dest gang und gäbe in den letzten zwanzig Jahren, obwohl wir uns in der Schweiz in steter Verhandlungssituation befinden. Die Verhandlungen werden meist von den Eliten des Baumeisterverbandes und den Gewerkschaften Unia und Syna durchgeführt. Die Arbeiter können an dieser Diskussion nicht teilnehmen. Die Arbeiterparlamente, die aus Bauarbeitern bestehen, werden von Mitgliedern der Gewerkschaftsspitze geleitet. Diese Parlamente verkommen oft zu Alibiübungen, wo die Gewerkschaftsspitze den Arbeitern erklären will, wie sie sich im Klassenkampf verhalten sollen. Man muss selbstverständlich auch die Anstrengungen der Unia loben, die sich für das Projekt Starke Unia einsetzt – eine Stärkung des Basischarakters der Gewerkschaft. Die Demokratischen Mechanismen müssen aber noch stark ausgebaut werden.

Welche Forderungen hätte man denn noch stellen können?

Wichtige Forderungen sind: Acht Stunden Arbeitstag das ganze Jahr hindurch, die Gleichstellung der Kündigungsfrist mit den Arbeitsjahren (zehn Jahre Arbeit, zehn Monate Kündigungsfrist; zwanzig Jahre

Arbeit, zwanzig Monate Kündigungsfrist), Beseitigung der Flexibilisierung und Verbot des Gebrauchs von Zeitarbeitskräften, Vereinheitlichung der Lohnskala auf nationaler Ebene. Dies sind allgemeine Forderungen, die zumindest auf den Baustellen im Tessin diskutiert werden und allgemeine Zustimmung finden. Neben den ökonomischen Forderungen müssen auch politische Forderungen gestellt werden, wie eine planmässige Wohnbaupolitik.

Als auf der Unia-Konferenz über den Vertrag abgestimmt wurde: Was war da die Meinung über die Verhandlungen mit den Baumeistern?

Ich war an dieser Konferenz als Gewerkschafter. Das Resultat hat mich persönlich enttäuscht, nicht aber die Qualität der Debatte. Das Abstimmungsresultat war 46 dafür, 31 dagegen und 11 Enthaltungen. Also ein nicht unbedeutender Teil der Versammlung war gegen diese Vereinbarung mit den Baumeistern. Mal abgesehen von dem Resultat, ist der Vertrauensverlust und die Enttäuschung der Arbeiter in die Gewerkschaften ein Problem. Eine Mehrheit der Arbeiter fühlt sich nicht mehr angesprochen und ist dazu geneigt, sich von gewerkschaftlichen Kämpfen fernzuhalten. Diese Entwicklung muss unbedingt gestoppt werden. Denn die Arbeiter haben kein Interesse, den Kampf aufzugeben. Sie müssen für ihre Rechte kämpfen und sich organisieren. Das ist der erste Schritt hin zur Befreiung aus der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft.

Tanz dich frei, zwei!

Mehr Teilnehmer, besser organisiert:
Auch dieses Jahr gibt es wieder eine
Tanz-Dich-Frei-Demo! Das Thema ist
aktuell, die politische Botschaft klar. Die
Kommunistische Jugend Bern macht mit,
am 2. Juni.

Am 1. April 2011 fand die TDF in Bern zum ersten Mal statt. Mit ihr versuchten die Organisierenden, die Tradition der Reclaim-the-Street-Veranstaltungen (RTS) wieder zu beleben und für mehr Freiräume in der Stadt Bern zu kämpfen. Natürlich waren auch wir dabei. Ein Erfolg: Statt wie erwartet 200 bis 300 nahmen circa 800 junge Leute teil. Zudem war die Gruppe von Teilnehmenden sehr durchmischt und wuchs beim Spaziergang durch die Stadt laufend. Während die TDF beim Start vor der Reithalle vor allem aus politisch Aktiven und sonstigen Reithallengängerinnen bestand, schlossen sich schon bald Fussballfans und Partygänger an. Kein Zufall, denn genau diese drei Gruppen haben in den letzten Jahren immer mehr zu spüren bekommen, dass der Platz in der Stadt eng wird und die Stadt Bern nur mit Repression auf die wachsenden Spannungen zu reagieren weiss. Es werden mediale Hetzkampagnen gefahren und diese (meist) jungen Leute als Kriminelle dargestellt. Ob Fussballfans, Reithallenbesucherinnen oder Partygänger in der Aarberggasse, alle scheinen nur auf Gewalt und Chaos aus zu sein. Dagegen konnte mit der letztjährigen TDF ein deutliches Zeichen gesetzt werden. Gute Stimmung gab's und friedlich war es bis zuletzt.

Alles gleich, nur besser!

Aus der Sicht der Organisierenden verlief jedoch nicht alles wie gewünscht. Die hohe Teilnehmerzahl machte zu schaffen. Die Musikanlage war für so viele Leute zu wenig leistungsfähig und auch die Qualität der Boxen war zu schwach, sodass verlesene Texte kaum verstanden werden konnten. Auch funktionierte der Demonstrationsschutz nicht optimal: Eine Abfallspur der Verwüstung zeichnete unseren Weg. Alles soll dieses Jahr besser werden! Auch die politische Botschaft soll stärker ins Zentrum gerückt werden. Drum gibt es in diesem Jahr eine Broschüre, in der die zunehmenden Einschränkungen der Freiräume, die Privatisierung des öffentlichen Raumes, die Repression und Überwachung, sowie die Gentrification der Stadt Bern thematisiert werden. Und im Vorfeld sind diverse Aktionen wie Strassentheater und Flashmobs geplant. Die Kommunistische Jugend Bern wird auf der Homepage laufend informieren.

Auf das Einholen einer Demonstrationbewilligung wird auch dieses Jahr verzichtet. Dafür wird die Zusammenarbeit mit der Reitschule gesucht – auch weil die Reitschule ja selbst immer wieder Opfer von medialer Hetze ist.

DANIEL EGLOFF



Party, Party und Politik. Kommunistische Jugend Bern auf der TDF.

Was tun?

27. April, Basel

1. Mai - Vorfeier: Ab 19 Uhr Aperero, dann Vortrag von Dietmar Darth über «Neue Arbeit und alte Klassen». Gewerkschaftshaus am Claraplatz.

27. April, St. Gallen

Podiumsdiskussion: «Ausschliessen, was stört – Wegsparen, was kostet – Ausschaffen, was schwierig ist». Ab 20.30 Uhr im Frauenarchiv, Florastrasse 6.

1. Mai, Bern

Fussball mit der KJ. Macht mit beim «Lenincup»! Infos unter: info@Kommunistischejugend.ch

1. Mai, Zürich

Grosse Demo und danach grosses Fest. Die KJ trifft sich gegen 9 Uhr im PdA-Sekretariat, Rotwandstrasse 65. zuerich@KommunistischeJugend.ch

2. Mai, Bern

Podiumsdiskussion im Kunstmuseum über die Ausstellung «Industrious». Beginn um 19 Uhr. www.kunstmuseumbern.ch

5. Mai, Luzern

«Empören war gestern – Widerstand ist heute!» Die KJ demonstriert. Ab 13 Uhr Warm-Up mit Konzert, um 16 Uhr dann die Demo. Beim Pavillon am See. zs@KommunistischeJugend.ch

11. Mai, Biel

Weg mit der Pauschalbesteuerung! Infoabend der KJ Bern zur Pauschalbesteuerung. Ab 20 Uhr im Unia Gebäude, 5. Stock, Murtenstrasse 33.

2. Juni, Bern

Das zweite «Tanz dich frei». Wir treffen uns gegen 21 Uhr in der Reitschule.

2. bis 4. November, Därstetten

Der Oktober ist rot! KJ-Wochenende «Roter Oktober» – nicht verpassen! Mehr Infos folgen auf: www.KommunistischeJugend.ch